

EU-Skeptizismus am Bosphorus?

Argumentative Strategien innerhalb der türkischen Zivilgesellschaft zum EU-Beitritt der Türkei*

Die vorliegende Studie untersucht argumentative Strategien von führenden VertreterInnen türkischer zivilgesellschaftlicher Organisationen bezüglich deren Haltung gegenüber den Türkei-EU-Beziehungen. Bei der Analyse von 16 semi-strukturierten Interviews aus dem Jahr 2012 lassen sich zwei dominante argumentative Strategien unterscheiden: Einerseits dominiert innerhalb des regierungskritischen Lagers der Vorwurf, die Europäischen Union (EU) habe die von der Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP) betriebene autoritative Wende entweder nicht wahrgenommen oder sogar bewusst legitimiert. Zum anderen herrschen im AKP-nahen Lager argumentative Strategien der Konstruktion einer normativen Differenz und Abgrenzung von der EU sowie der Suche nach außenpolitischen Optionen jenseits einer engeren Anlehnung an die EU vor.

1. Einleitung

Die Beziehungen der Türkei mit der Europäischen Union (EU) können auf eine lange Geschichte zurückblicken. Sie reicht bis zur Antrag der Türkei auf Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Juli 1959. Mit dem Assoziierungsabkommen (Ankara-Abkommen) 1963 mündeten die Beziehungen letztlich in eine Institutionalisierung (Beuss 2006: 109). Der im Vergleich zu anderen EU-Erweiterungen sehr langsame Integrationsprozess der Türkei ist geprägt von Höhen und Tiefen sowie unterschiedlichen und strittigen Positionen (Müftüler-Baç 1998; Eralp 2009: 153; Wessels/Hauge 2015: 22). Erst durch den Gipfel des Europäischen Rates am 11. Dezember 1999 in Helsinki, als die Türkei zur offiziellen EU-Beitrittskandidatin anerkannt wurde, änderten sich die Beziehungen maßgeblich (Europäischer Rat 1999). Die Anerkennung der Republik Türkei (*Türkiye Cumhuriyeti*) zur offiziellen EU-Beitrittskandidatin und der Start der Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005 stellen einen wichtigen Wendepunkt in den EU-Türkei-Beziehungen dar. Seit dieser Zeit lässt sich in den »Türkei-EU-Beziehungen« auch ein eigenständiges Forschungsfeld erkennen (Diez et al. 2005: 1).

Die Mitgliedschaft in der EU bekam in der türkischen Bevölkerung und ihrer Elite erstmals mit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen 2005 eine realistische Perspektive. Diese Mitgliedschaftsperspektive wurde in der türkischen Gesellschaft als

* Die Autoren danken den anonymen GutachterInnen und den RedakteurInnen der zib für deren Mühe und vor allem für die vielen hilfreichen und wertvollen Kommentare und Anmerkungen.

Instrument zur weiteren Demokratisierung, Modernisierung und wirtschaftlichen Entwicklung betrachtet (Bardakçı 2007). Der Beitrittsprozess selbst hat sowohl auf der staatlichen als auch auf der zivilgesellschaftlichen Ebene zu Enthusiasmus, aber auch vereinzelt zu kritischen Positionen geführt (Öniş 2003: 16; Büyükbay 2010). Diese zu Beginn bestehenden kritischen Positionen in der Türkei entwickelten sich seit Anfang der Beitrittsverhandlungen zunehmend zu EU-skeptischen Positionen (Eralp 2009: 164) bis hin zu EU-zynischen Tendenzen (Aktar 2011).

Neben der allgemeinen Zunahme des EU-Skeptizismus in Europa gibt es ein verstärktes Interesse, dieses Phänomens auch in anderen Ländern und vor allem auch bei den EU-Beitrittskandidaten zu erforschen (de Vreese et al. 2008: 522). Vorherige Studien zum türkischen EU-Skeptizismus befassten sich in den meisten Fällen mit der öffentlichen Meinung sowie den politischen Parteien.¹ Eine der Studien erforscht beispielsweise die Interaktion zwischen der *Adalet ve Kalkınma Partisi* (AKP) und der öffentlichen Meinung und identifiziert dabei eine Instrumentalisierung der öffentlichen Enttäuschung über den EU-Beitrittsprozess seitens der AKP (Avcı 2011: 410). Auch wurde argumentiert, dass die AKP den EU-Beitrittsprozess benutze, um ihre Macht zu konsolidieren, indem sie durch den Disput mit der EU nationale Konflikte vermeide (Doğan 2005; Yavuz 2006). Letztlich liege aber der EU-Skeptizismus in der Türkei, so eine andere Studie, in der abneigenden Haltung vieler Mitgliedsstaaten der EU gegenüber einem möglichen EU-Beitritt der Türkei begründet (Taraktaş 2008). Wir plädieren hier für eine Ausweitung des Forschungsfeldes² auf die Zivilgesellschaftlichen Organisationen³ (ZGO), um ein differenzierteres Bild zu erhalten. Eine Betrachtung des EU-Skeptizismus innerhalb der ZGO in der Türkei wurde auch bereits in einer vorherigen Studie gefordert (Diez et al. 2005: 1), jedoch bis dato noch nicht unternommen. Bereits in anderen Studien wurde die Rolle der ZGO in der Türkei im Allgemeinen (Keyman/Icduygu 2003), aber vor allem auch bezogen auf die Europäisierung (Müftüler Baç 2005: 21), hervorgehoben. Im Gegensatz zu den politischen Parteien sind ZGO weder abhängig von Wahlen noch sind sie verantwortlich für politische Reformen. Hinsichtlich der öffentlichen Meinung sind ZGO an der politischen Debatte beteiligt und gestalten somit den Diskurs maßgeblich mit. Daher erscheint eine Ausweitung der EU-Skeptizismus-Forschung auf ZGO notwendig. Letztlich ist es wichtig zu verstehen, wie zivilgesellschaftliche Akteure die EU wahrnehmen, da sich die Kämpfe um eine

1 Çarkoğlu (2003); Yılmaz (2012); Atan (2004); Gülmez (2008); Kentmen (2008); Yıldırım et al. (2008); Alpan (2010); Büyükbay (2011); Avcı (2011); Yılmaz (2012).

2 Ein Beleg für die Bedeutung ist das Sonderforschungsnetzwerk *Euroscpticism CRN (The Collaborative Research Network on Euroscpticism)*, das 2011 an der Universität von Loughborough eine Konferenz mit dem Titel »*Euroscpticism beyond the Party System and into Civil Society*« veranstaltete.

3 Zivilgesellschaftliche Organisationen sind politische Organisationen, in welchen sich BürgerInnen organisieren, um ihre Interessen zu vertreten und die weder zum Staat noch zu wirtschaftlichen Verbänden gehören (Atkinson et al. 2009: 2). Sie können dabei unterschiedliche Formen annehmen, von Non-Profit-Organisationen über Verbände, Bündnisse, Stiftungen, Gewerkschaften bis hin zu Vereinen und informellen Gruppen. Sie agieren als Stimmen ihrer Mitglieder und können durch Medien, Fachzeitschriften und öffentliche Auftritte Einfluss auf die politische Debatte nehmen.

Hegemonie innerhalb der türkischen Zivilgesellschaft seit dem Putschversuch 2016 verschärft haben und ZGO bei einem EU-Beitritt und dem Integrationsprozess eine wichtige Rolle spielen. Heute wie damals erklären, kritisieren und legitimieren die Positionen und Einstellungen der ZGO wiederum die Positionen der türkischen Regierung zum EU-Beitritt. Sie sind somit ein wichtiger Akteur bei der Meinungsfindung im politischen System und in der türkischen Bevölkerung.

2. Forschungsdesign

Um das Phänomen des EU-Skeptizismus innerhalb der türkischen Zivilgesellschaft zu analysieren, fokussiert sich diese Studie auf die argumentativen Strategien der ZGO. Diese argumentativen Strategien dienen unserer Analyse als Orientierung und zeigen die Legitimierung der EU-Positionen der untersuchten Akteure. Die argumentativen Strategien können dabei verschiedene Formen haben. Zu den häufigsten gehört die Verwendung von Topoi, welche definiert werden als »[...] parts of argumentation which belong to the obligatory, either explicit or inferable premises in the shape of content-related warrants that connect the arguments with the conclusion« (Reisigl/Wodak 2001: 74).

In der vorliegenden Analyse liegt der Schwerpunkt auf der Ermittlung der Muster der unterschiedlichen Argumentationen, welcher sich die Akteure bedienen. Diese werden von den Akteuren verwendet, um ihre eigenen Argumente und damit ihre Überzeugungskraft zu verbessern. Als argumentative Strategie betrachten wir hier inhaltsbezogene Schlussfolgerungen, die ein oder mehrere Argumente des EU-Skeptizismus miteinander verknüpfen. Sie beziehen sich dabei vornehmlich auf die EU und den EU-Beitrittsprozess. Darüber hinaus betrachten wir das Konzept der »Interdiskursivität« (Wodak 2001) als wichtiges analytisches Werkzeug. Interdiskursivität entspricht den Diskursen, welche sich überschneiden und sich gegenseitig beeinflussen. Sie eignet sich vor allem auch für die qualitative Textanalyse und wird daher auch in dieser Studie eingesetzt.

Um den EU-Diskurs nachzuzeichnen und letztlich zu analysieren wird davon ausgegangen, dass Einstellungen und Orientierungen von Personen am besten durch Interviews erhoben werden (Howarth/Torfin 2005: 338; Koopmans 2007). Daher wurden für die Analyse von zivilgesellschaftlichen Positionen 16 semi-strukturierte Interviews mit dem Führungspersonal der jeweiligen ZGO durchgeführt (s. Tab. 1 im Anhang), welche als Hauptquellen der Untersuchung dienen. Diese Datenerhebung beruht aber vor allem auf dem Mangel an Daten über die Einstellung der türkischen ZGO gegenüber der EU, welcher die Interviews als zwingend notwendig erscheinen lässt. Die Interviews wurden in der Zeit von Januar bis September 2012 in Ankara und Istanbul durchgeführt. Das Probeverfahren für die Befragten beinhaltete eine Kombination von Elementen der gezielten Auswahl und der Kaskadierung. So wurden die Befragten nach einem bestimmten Profil und Aspekten ausgewählt, die für die Ziele der Forschung wichtig sind, wie z. B. die Organisationsform oder die politische Einstellung. Zusätzlich wurden vereinzelt auch Aus-

sagen und Positionen von einigen wenigen zivilgesellschaftlichen Akteuren aus der Presse und der Sekundärliteratur berücksichtigt.

Als Führungspersonen von ZGO wurden Vorstandsmitglieder, PräsidentInnen, VizepräsidentInnen, stellvertretende PräsidentInnen, LeiterInnen, GeschäftsführerInnen, GeneralsekretärInnen, SprecherInnen oder andere Personen aus der Führungsebene für die Befragung zugelassen. Bei der Auswahl wurde vor allem auf die Repräsentativität des interviewten Führungspersonals sowie der ZGO selbst geachtet, indem nach sieben verschiedenen thematischen Typen von ZGO unterschieden wurde: Branchenverbände, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, Frauenrechtsorganisationen, ideologische Organisationen, ethnische, kulturelle und religiöse Organisationen sowie Organisationen in den Bereichen Armut, Bildung, Umwelt und Gesundheit.⁴ Um die Interviews auf die Ausprägung des EU-Skeptizismus und EU-Zynismus hin zu überprüfen, wurden die ZGO nach zwei weiteren Faktoren unterschieden. Da die Regierungspartei AKP seit 2002 allein die Verhandlungen mit der EU führt, wurden zur Vereinfachung die ZGO in eine AKP-nahe und eine Anti-AKP-Gruppe eingeteilt. Der zweite Faktor betrifft das politische Spektrum der Türkei, das hier etwas differenzierter dargestellt wird (sozial-demokratisch, links, kemalistisch, liberal, konservativ, konservativ-islamisch, nationalistisch, konservativ-nationalistisch), um über die stark vereinfachte parteipolitische Dimension (AKP-nah und anti-AKP) hinaus ein besseres Bild der politischen Einstellungen zu erhalten (s. Tab. 1 im Anhang).

Als Erhebungsinstrument wurde ein semi-strukturierter und themenorientierter Leitfaden (s. Anhang) mit vorwiegend offenen Fragen verwendet, der zur Vergleichbarkeit der Daten diente (Mayer 2008: 37). Nach einer Reihe von Interviews wurde der Sättigungspunkt erreicht und es bestand aufgrund der Wiederholung der Argumentationsstrategien kein Mehrwert in weiteren Interviews (Glaser/Strauss 1967).

Die Entscheidung, den zivilgesellschaftlichen Diskurs durch die Argumentationsstrategien der Führungspersonen der ZGO zu untersuchen, beruht auf der Annahme, dass in der heutigen Türkei immer noch ein starkes Führerprinzip und eine autoritäre politische Kultur vorherrschen (Kabasakal/Bodur 2007: 851; Gürbey 2014: 31). Demnach sind ZGO in der Türkei eher wie Parteien hierarchisch strukturiert und nicht mitgliederorientiert oder basisdemokratisch. Führungspersonen der ZGO in der Türkei nehmen zudem aktiv am diskursiven Konstruktionsprozess der EU und der Europäischen Integration teil, indem sie diesen analysieren und kommentieren. Auch haben die zivilgesellschaftlichen Akteure⁵ in den letzten Jahren innerhalb der Türkei immer mehr Einfluss auf die Politik und den EU-Integrationsprozess gewonnen (Keyman/Icduygu 2003; Müftüler Baç 2005: 21; Gürbey 2014: 25).

4 Aufgrund der aktuellen politischen Situation in der Türkei werden im Abschnitt zur empirischen Analyse weder konkrete Bezeichnungen der Führungspositionen noch Eigennamen der ZGO genannt, um die Anonymität der Interviewten zu wahren. Stattdessen werden die ZGO anhand ihres Typs und ihrer Nummer (s. Tab. 1 im Anhang) benannt.

5 Für einen umfassenden Überblick zur Zivilgesellschaft in der Türkei s. Al-Rebholz (2012).

3. Konzepte: EU-Skeptizismus und EU-Zynismus

Der Begriff »EU-Skeptizismus« oder auch »Euroskeptizismus« kennt viele Namen und Ausprägungen wie Alter-Europäismus, Anti-Europäismus oder auch Europhobie (Lang 2010). Allerdings unterscheiden sich diese Begriffe in vielerlei Hinsicht. Die Begriffe bezeichnen entweder eine kritische, eine skeptische (EU-Skeptizismus) oder auch eine opponierende oder aversive Haltung (Alter-Europäismus, Anti-Europäismus, Europhobie, EU-Zynismus) gegenüber der Europäischen Union. Der begriffliche Ursprung liegt im englischen Begriff *eurosepticism* (einer Kombination aus dem Begriff *euro*, für Europäische Union, und *septic*, für eine kritische oder skeptische Haltung). Erstmals tauchte der Begriff Mitte der 1980er Jahre im journalistischen Kontext in England auf und wurde beschrieben als »[...] contributing to a sense of the country's *awkwardness* or *otherness* in relation to a Continental European project of political and economic integration« (Harmsen/Spiering 2004: 13).

Hier hat man sich für den Begriff EU-Skeptizismus entschieden, da der Begriff »Euroskeptizismus« oder »Euro-Skeptizismus« etwas missverständlich ist, auch wenn er sich in der Literatur durchgesetzt hat. Der Begriff EU-Skeptizismus ist weiter gefasst und bezieht sich auf die ganze EU und die Europäische Integration. Euroskeptizismus und Euro-Skeptizismus bezeichnet streng genommen nur eine kritische Haltung gegenüber dem Euro (Sifftl/Sunnus 2003: 273). Auch wenn der Ursprung des Begriffs sich in Großbritannien in Teilen auch auf den Euro bezog, so ist heute in den meisten Fällen die ganze EU gemeint. Wir plädieren daher dafür, beide Begrifflichkeiten passend zu verwenden. Sowohl ein rein auf den Euro fokussierter Euroskeptizismus, wie er aktuell in der Eurokrise deutlich wird, als auch ein auf die gesamte EU und die Europäische Integration bezogener EU-Skeptizismus kann dabei bestehen.

Der EU-Skeptizismus ist keineswegs ein neues Phänomen, denn er existiert bereits, wenn auch nicht namentlich, seit den Anfängen der EU (Tiersky 2001; Forster 2002). Das Konzept zum EU-Skeptizismus ist dabei vielfältig, umkämpft und facettenreich (Leconte 2010: 4-9). Es kann innerhalb einer bestimmten politischen Kultur und auf der Grundlage verschiedener ihm zugrunde liegender Konzepte und Kontextfaktoren variieren (Harmsen/Spiering 2004: 13). So äußert sich der EU-Skeptizismus in der Türkei vor allem in der Kritik an den Beitrittsverhandlungen, der Interaktion der EU mit der AKP, der Politik gegenüber dem türkischen Militär und dem sogenannten *Sèvres*-Syndrom, einer Angst davor, von den Westmächten für ihre eigenen Zwecke instrumentalisiert zu werden (Yılmaz 2011: 188).

Der Begriff des EU-Zynismus kann als eine Ausformung des EU-Skeptizismus verstanden werden. Dabei besteht der Zynismus in einem schweren Misstrauen gegenüber verschiedenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Institutionen (Mishler/Rose 2001). Politischer Zynismus wird daher auch verstanden als ein Negativismus in der politischen Debatte (de Vreese 2007: 276). Man kann allerdings ebenso von einem politischen Zynismus sprechen, wenn ein Mangel an Vertrauen gegenüber einer politischen Institution, einem Thema oder einem Regime besteht

(Erber/Lau 1990; de Vreese 2007: 276). Den EU-Zynismus als eine Ausformung des EU-Skeptizismus kennzeichnet hinlänglich eine gewisse Selbstüberschätzung, ein Konkurrenz-Gedanke, Ablehnung, Sarkasmus oder auch Arroganz innerhalb des Diskurses. Der EU-Zynismus ist jedoch nicht mit dem Konzept des harten und weichen EU-Skeptizismus von Taggart/Szczerbiak (2001) zu verwechseln. Auch wäre dieses Konzept im Falle der Türkei ungeeignet durch das Fehlen des weichen EU-Skeptizismus, welcher in erster Linie in Mitgliedsstaaten der EU vorkommt. Das Konzept des EU-Zynismus geht auf de Vreese zurück, der die Rolle der Medien bei der Beeinflussung der öffentlichen Meinung gegenüber der europäischen Integration betrachtete und dabei auf zynische Positionen stieß (de Vreese 2005; de Vreese/Boomgaarden 2006). Die Definition vom politischen Zynismus baute dabei auf dem Konzept von Cappella und Jamieson auf (Cappella/Jamieson 1997: 166). Im türkischen Fall definieren wir den EU-Zynismus als einen politischen Zynismus gegenüber der EU, der auf Fehlen von Vertrauen, einem Konkurrenz-Gedanken, einer wahrgenommenen anderen Identität und auf Selbstüberschätzung bzw. Überheblichkeit beruht.⁶

4. Empirische Analyse

In unserer empirischen Analyse der Interviews lassen sich zwei größere argumentative Strategien erkennen, die ZGO-VertreterInnen bei ihrer Haltung gegenüber den EU-Türkei-Beziehungen anwenden. Im Folgenden sollen diese nachgezeichnet, mit Zitaten aus Interviews veranschaulicht und mit kurzgehaltenen Anmerkungen erörtert werden. Aus Gründen der Effizienz wurden Kernaspekte mancher Interviews zusammengefasst. Daher finden sich nachfolgend nur gekürzte Passagen aus den Interviews, die zur Nachvollziehbarkeit der Auswertung dienen sollen.⁷ Es folgen nun zuerst die Beispiele aus den Interviews mit ZGO, die sich mehrheitlich als regierungskritisch verorten lassen. Im Anschluss folgen die Interviews mit ZGO, die mehrheitlich als regierungsnah zu betrachten sind.

4.1. Erste argumentative Strategie: die Zweckentfremdung des EU-Beitrittsprozesses

Die erste argumentative Strategie ist geprägt von der Annahme, dass die EU und der EU-Erweiterungsprozess von der AKP-Regierung instrumentalisiert wurden. Die Reformen seien demnach nicht im Sinne der Kopenhagener Kriterien vollzogen worden, sondern strategisch zum Machtausbau und zur Machtstabilisierung der

6 Siehe zur diskursiven Unterscheidung von EU-Skeptizismus und -Zynismus nach sprachlichen Äußerungen in den Interviews Tab. 2 im Anhang.

7 Um eine erweiterte Leserschaft zu erreichen, wurden die hier ausgewählten Teile der Interviews von den Autoren für diese Publikation in die deutsche Sprache übersetzt.

AKP umfunktioniert worden. Im Kern wird der EU eine Mitschuld an dem anti-demokratischen Prozess seit der AKP-Regierung gegeben. Diese argumentative Strategie lässt sich vor allem innerhalb der kemalistischen, alawitischen, nationalistischen, sozialdemokratischen, liberalen und links geprägten ZGO wiederfinden. Ein Vertreter einer Frauenorganisation (ZGO 1) führte im Interview aus, dass der Integrationsprozess mit der EU von der AKP strategisch eingesetzt wurde, um die Reformen als Mittel zur Beseitigung der militärischen Macht zu verwenden. Dies führte nach den Angaben des Interviewten maßgeblich zu den EU-kritischen Stimmen in der Türkei, die er auch teile.⁸

Eine Vertreterin eines Branchenverbands (ZGO 2) in Istanbul sieht ebenfalls die Beseitigung der militärischen Macht kritisch und meint, so wörtlich, es sei »nur eine Propaganda-Aktion der AKP gegenüber der EU«. ⁹ Sie wirft dabei zwar der EU vor, diese Propaganda nicht zu erkennen, bleibt aber gleichzeitig in ihren Aussagen klar pro-europäisch.

Ein Vertreter einer Gewerkschaft (ZGO 3) hingegen verbindet die Unterstützung der EU für die AKP eindeutig mit dem heutigen Demokratiedefizit der Türkei. Die Anzeichen für eine Aushöhlung der Demokratie waren offensichtlich und wurden letztendlich mit den EU-Reformen legitimiert, ohne dass die EU dies kritisierte oder gar die Verhandlungen mit der AKP abbrach. Er schildert dabei den Wandel von pro-europäischer zu EU-kritischer Position wie folgt:

»Es gab zu Beginn eine optimistische Unterstützung für einen EU-Beitritt. Wenn wir heute das Bild betrachten sehen wir, dass mehr als hundert Journalisten, die KCK¹⁰, Gewerkschaftsmitarbeiter und 600 Studenten inhaftiert wurden. Ist das die Regierung, die demokratische Schritte eingeleitet haben soll? Und ist das eine EU, die das Land demokratisieren will?«¹¹

Ein Vertreter einer weiteren Gewerkschaft (ZGO 4) spricht ebenfalls von einer strategischen Nutzung des EU-Erweiterungsprozesses seitens der AKP. Dabei rekurriert er auf die Argumentationen der politischen Linken, dass die AKP eine neoliberale Politik betreibe. Durch diese Politik wäre die AKP dem Westen und vor allem der EU vordergründig näher gekommen. In Wirklichkeit strebe die AKP allerdings nach ihrem eigenen islamischen Modell.¹² Die Kritik vom Vertreter der Gewerkschaft gegenüber der EU wird durch folgende Frage deutlich: »Die Gefängnisse sind voll mit Oppositionellen, Kemalisten und Menschen mit anderen religiösen Überzeugungen als dem sunnitischen Islam. Und was hat die EU gemacht? Nichts!«¹³

Weitere EU-Kritik lässt sich bei der Verfassungsänderung von 2010 ausmachen. Die Verfassungsreform betraf dabei den Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte (*Hâkimler ve Savcılar Yüksek Kurulu*, HSYK). Die Oppositionsparteien und Teile

8 Interview am 20.1.2012 in Istanbul (Interview 1: 14-20).

9 Interview am 24.1.2012 in Istanbul (Interview 2: 105-107).

10 KCK steht für *Koma Civakên Kurdistan* (frei übersetzt: Union der Gemeinschaften Kurdistan).

11 Interview am 24.1.2012 in Istanbul (Interview 3: 724-728).

12 Interview am 6.4.2012 in Ankara (Interview 4: 1146).

13 Interview am 6.4.2012 in Ankara (Interview 4: 580-583).

der türkischen Zivilgesellschaft warnten vor einer Lockerung der Gewaltenteilung und einer Konsolidierung der Macht der regierenden AKP. Im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission von 2010 wurde die Annahme der Verfassungsänderung und damit die neue Zusammensetzung des HSYK als ein positiver Schritt bezeichnet (European Commission 2010: 8). Hierzu nimmt ein Vertreter einer ideologischen Organisation (ZGO 5) wie folgt Stellung:

»Sie organisierten die Struktur des obersten Verfassungsgerichts neu. Wir sagten, dass diese Re-Strukturierung ein Rückschritt für die Demokratie und Menschenrechte sei. Sie beschneidet diese, indem sie die Gerechtigkeit abhängig von der Regierung macht. Die EU bezeichnete es als Demokratisierung und unterstützte die Regierung. Die Regierung wiederum sagte, dass Europa die Reform als demokratisch legitimiert hat und konnte damit ihre eigene Propaganda fortführen. So erhielt die Justiz ihre gegenwärtige »schlechte« Verfassung. Das Bild, das sich heute von der Justiz zeichnen lässt, ist der Untergang der Gerechtigkeit.«¹⁴

Der Vorwurf gegenüber der EU ist vehement, denn in der oberen Aussage wird deutlich, dass es Konsultationen zwischen der EU und Teilen der türkischen Zivilgesellschaft gab. Die EU war demnach in Kenntnis von der Verfassungsänderung und ihr Fehlverhalten sei letztlich die Ursache für eine Verschlechterung der Demokratie in der Türkei. Diese EU-skeptische Position seitens des Vertreters von ZGO 5 wird unter anderem daran deutlich, dass er unter diesen Bedingungen eine Mitgliedschaft der EU ablehnt.¹⁵ Ein Vertreter einer ethnischen/kulturellen/religiösen Organisation (ZGO 6) äußerte sich ähnlich, wenn auch nicht so heftig gegenüber der EU und ihrer Unterstützung für die Verfassungsänderung von 2010.¹⁶ Als Ergebnis der Verfassungsänderung und der damit einhergehenden Aushebelung der Justiz sehen viele der türkischen ZGO, die der AKP nicht nahestehen, eine Aushebelung der Demokratie. Ein Vertreter einer ideologischen Organisation (ZGO 7) sieht eine fehlgeleitete Politik der EU und verweist auf die Massengerichtsverfahren gegen mutmaßliche Kriminelle um den KCK-Prozess ab 2007, den *Ergenekon*-Prozess 2007 bis 2013 und den *Balyoz*-Prozess 2007 bis 2015.¹⁷ Zu diesen Prozessen äußerte sich auch ein Vertreter einer dritten türkischen Gewerkschaft (ZGO 8) wie folgt:

»Menschen, die lediglich ihre Rechte beansprucht haben, wurden Opfer von Gewalt. Sie wurden ohne Anklage oder einen Prozess für Monate oder Jahre eingesperrt. Dies geschah im Namen einer angeblichen Demokratisierung. Wir denken, dass die Unterstützung durch die EU wesentlich dazu beigetragen hat. Daher macht sich die EU mitschuldig.«¹⁸

Durch seine Verurteilung der EU, eine Mitschuld bei den Verhaftungen und der Gewalt zu tragen, wird seine äußerst scharfe Kritik deutlich. Er berichtete davon,

14 Interview am 14.2.2012 in Istanbul (Interview 5: 560-580).

15 Interview am 14.2.2012 in Istanbul (Interview 5: 560-580).

16 Interview am 10.4.2012 in Ankara (Interview 6: 423-431).

17 Interview am 13.4.2012 in Ankara (Interview 7: 221-224).

18 Interview am 10.4.2012 in Ankara (Interview 8: 1460-1470).

dass eine Vielzahl von EU-Institutionen kontaktiert wurde, diese allerdings nicht angemessen auf die Verhaftungen in der Türkei reagierten:

»Eine Vielzahl der EU-Institutionen, die sich selbst zu den Aposteln der Demokratie ernannten, übersehen diese allgegenwärtigen Probleme. Sie unterstützen die AKP, sodass die AKP ihre neoliberale Politik weiterführen kann. Diese Politik der EU erachten wir als völlig unehrliche Politik.«¹⁹

Auch ein Vertreter eines türkischen Branchenverbandes (ZGO 9) sieht die EU in der Verantwortung. Er ist überzeugt davon, dass die EU nicht übersehen konnte, dass die Türkei nach und nach eine autoritäre politische Struktur erhält:

»Es ist unmöglich, dass sie es nicht sieht. Man muss blind sein, um nicht zu sehen, dass die Türkei von einer einzigen Person regiert wird. Warum zeigt die EU nicht ihre starke Position gegenüber der Demokratie? Wie ich schon sagte, weil es eine Parallele zwischen der politischen Linie der Regierung der Türkei und den Interessen der EU gibt.«²⁰

Vor allem in seinem letzten Satz wird deutlich, dass er die EU als Verbündete der regierenden AKP sieht. Auch seine Kritik ist geprägt von einer Mitschuld der EU. Einige Führungspersonen der ZGO sind aber auch der Auffassung, dass die EU langsam damit begonnen hat, das wahre Gesicht der AKP zu erkennen. Andere, wie ein Vertreter einer Stiftung bzw. ideologischen Organisation (ZGO 10), argumentieren wiederum, dass die EU eine solche Entwicklung anfangs nicht erkennen konnte. Die AKP hätte sich zunächst aufgrund ihres Eigennutzes nicht offenbart, um eine vermeintliche Kooperation mit der EU vorzutauschen:

»Die EU konnte am Anfang nicht erkennen, was die AKP eigentlich wollte. Die AKP-Regierung hat die EU definitiv betrogen. Sie hat sich gegenüber der EU als Held der Demokratie dargestellt. Als wäre sie die einzige Macht, welche den Weg zur Demokratie ebnen würde. Die EU wurde betrogen und erst später, als die AKP ihr Programm durchgeführt hatte, erkannten sie ihr wahres Gesicht.«²¹

Eine Vertreterin einer anderen ethnische/kulturelle/religiöse (ZGO 11) nannte das Europäische Parlament als die erste europäische Institution, welche die Legitimität des *Ergenekon*-Prozesses infrage stellte.²² Die Europäische Kommission hingegen benannte erst in ihrem Fortschrittsbericht von 2012 die Probleme der Judikative in der Türkei. Dies wäre, so die Vertreterin, viel zu spät gewesen. Für diese Fehleinschätzung der EU-Kommission mache sie sich mitverantwortlich an der heutigen Misere in der Türkei.²³ Dementsprechend wird die Kritik nur gegen Teile bzw. eine einzelne Institution der EU ausgesprochen und eine EU-Mitgliedschaft nicht ausgeschlossen.

Insgesamt lässt sich eine starke Interdiskursivität innerhalb der kemalistischen, alawitischen, nationalistischen, sozialdemokratischen, liberalen und linken Zivilgesellschaftlichen Organisationen wiederfinden. Die Führungspersonen der ZGO beschreiben einen ähnlichen Diskurs und teilen eine kritische Position gegenüber der

19 Interview am 10.4.2012 in Ankara (Interview 8: 1470-1485).

20 Interview am 30.1.2012 in Istanbul (Interview 9: 803-814).

21 Interview am 7.2.2012 in Istanbul (Interview 10: 903-908).

22 Interview am 13.3.2012 in Istanbul (Interview 11: 222-242).

23 Interview am 13.3.2012 in Istanbul (Interview 11: 242).

EU sowie eine oppositionelle Haltung gegenüber der regierenden AKP. Es erscheint daher nötig, diese als anti-AKP ZGO zu bezeichnen. Die anti-AKP ZGO sehen unisono eine Mitschuld bei der EU für die jetzigen politischen Verhältnisse in der Türkei, die sie alle als undemokratisch empfinden. Sie nehmen alle ein immer größer werdendes Demokratiedefizit der Türkei wahr. Außerdem sehen manche ZGO die EU als Unterstützerin der AKP-Politik bzw. sogar als Komplizin.²⁴ Auch wenn von einigen Führungspersonen der ZGO eine Wende in der EU-AKP-Politik gesehen wird, bleibt eine gewisse kritische Haltung bestehen. Trotz Unterscheidung in der Stärke der Kritik und vereinzelt pro-europäischen Haltungen, kann dieser Diskurs als insgesamt anti-AKP und EU-skeptisch betrachtet werden.

Anzumerken bleibt auch, dass zwei unterschiedliche Gewerkschaften bei der AKP eine neoliberale Agenda zu erkennen vermögen. Diese begründe die Kooperationsbereitschaft des Westens mit der AKP, da die neoliberale Agenda im Interesse der EU sei.²⁵ Es wird deutlich, dass vor allem auch linke Gruppierungen kritisch gegenüber der EU sind, da sie ihre Politik als neoliberal einstufen. Ein Vertreter einer linken Gewerkschaft (ZGO 4) fügte allerdings auch hinzu, dass die AKP gleichzeitig damit beschäftigt sei, ein eigenes islamisches Modell des Neoliberalismus zu kreieren.²⁶ Diese argumentative Strategie zeigt eine Interdiskursivität mit MarxistInnen und Neo-MarxistInnen aus der Wissenschaft. So betont Yalman:

»[...] analysing the state transformation that Turkey has been experiencing under the AKP governments requires a detailed look at the party's skillful manipulation of neoliberalisation with Islamisation in building its hegemonic opposition to the established Republican regime« (Yalman 2012: 21).

Trotz der Kritik an der EU sieht der linke Diskurs die EU nicht als ein homogenes und abgeschlossenes Projekt an. Vor allem die Führungspersonen linker zivilgesellschaftlicher Organisationen zeigen ein verstärktes Bewusstsein für die Tatsache, dass es unterschiedliche Ansätze innerhalb der EU gibt. Die türkischen linken ZGO arbeiten vor allem mit den Gruppen in der EU zusammen, die eine Sozialunion unterstützen sowie Menschenrechte, soziale Rechte und Frieden sichern und Grenzen abschaffen.

Im Allgemeinen empfinden die linken ZGO die EU als ideologisch geprägt, da sie die Ausbreitung der neoliberalen Politik des freien Marktes, die unter anderem auch eine arbeitnehmerunfreundliche Umgebung schafft, repräsentiert (Hyman 2001).

24 Interview am 14.2.2012 in Istanbul (Interview 5: 560-580).

25 Interview am 30.1.2012 in Istanbul (Interview 9: 335) und Interview am 6.4.2012 in Ankara (Interview 4: 1146).

26 Interview am 6.4.2012 in Ankara (Interview 4: 580-583).

4.2. Zweite Argumentative Strategie: Selbstbewusstsein der Türkei und EU-Zynismus

Der folgende Abschnitt soll einen Überblick über die EU-zynischen argumentativen Strategien als eine Ausformung des EU-Skeptizismus geben, welche vor allem auf einem neuen islamisch-konservativen Selbstbewusstsein der Türkei beruhen. Der EU-Zynismus, so die Beobachtung, lässt sich häufig bei konservativen und islamischen Führern der Zivilgesellschaft finden. Auffällig ist auch, dass ähnliche EU-zynische Argumentationen, die von einigen Führern von ZGO vorgebracht werden, ebenfalls bei Politikern der AKP zu finden sind und eine starke Interdiskursivität aufweisen. Ein Beispiel hierfür ist die Aussage des ehemaligen, umstrittenen Wirtschaftsministers Zafer Caglayan: »Diejenigen, die uns in der Vergangenheit als krank bezeichnet haben, sind jetzt selbst krank« (Çağlayan 2012). Damit rekurriert er auf die Metapher des 19. Jahrhunderts, in der das Osmanische Reich bzw. der Sultan »der kranke Mann vom Bosphorus« genannt wurde. Er setzt dieser Metapher die des »kranken Mannes von Europa« entgegen und meint damit die Eurokrise. Die Interviews bieten einen weiteren Einblick in die verschiedenen Varianten des EU-Skeptizismus bei ZGO in der Türkei. Die folgenden Auszüge aus den Interviews mit Führungspersonen der ZGO sollen die EU-zynische argumentative Strategie nachzeichnen. Ein Vertreter einer Hilfsorganisation (ZGO 12) verdeutlicht die islamisch-konservative Vorstellung der EU-Türkei Beziehungen:

»2002 war die Türkei nicht die gleiche, die sie heute ist: Die Gesellschaft konnte weder produzieren noch konsumieren. Gehälter konnten nicht bezahlt werden und nichts konnte richtig hergestellt werden. Das war nicht das, was die Europäische Union wollte. Die Türkei war ein Land, das nicht in der Lage war, irgendetwas herzustellen. Die Türkei musste sich zu einem Land entwickeln, das produziert, konsumiert und das europäische Produkte kaufen kann – das war der Grund, warum sie dieses Land unterstützen wollten. Aber jetzt ist die Türkei ein freies Land. Es betreibt gute Beziehungen mit seinen Nachbarländern, vor allem den arabischen Ländern. Sie [die EU] braucht aber eine schwache und kraftlose Türkei. Sie würden die Türkei unterstützen, wenn diese abhängig von Europa wäre. Sie versuchen Ausreden zu finden, wenn ein Land seine Meinung gegen Europa kundtut und gewillt ist, für seine Rechte zu kämpfen. Das ist das Problem! Die Notwendigkeit der Türkei für Europa hat extrem zugenommen. Diese erhöhte Notwendigkeit hat die EU näher an die Türkei gebracht. Aber es ist eine Tatsache, dass die Notwendigkeit der EU für die Türkei nicht größer geworden ist. Es hat sich vielmehr umgekehrt entwickelt.«²⁷

Im vorangegangenen Interview nimmt der Vertreter der Hilfsorganisation Bezug auf das Jahr 2002, den Beginn der AKP-Ära, welches für ihn das Jahr markiert, in dem die Türkei in ein starkes Land verwandelt wurde. Darüber hinaus ist zu bemerken, dass es sich bei der Aussage, dass die EU eine Entwicklung der Türkei zu einem starken Land nicht wolle, um eine schwere Form des EU-Zynismus handelt. Der Interviewte tut so, als ob die Türkei vor 2002 ein extrem unterentwickeltes Land gewesen wäre. Dies äußert sich in der Vorstellung einer gewissen Feindseligkeit der EU gegenüber der Türkei und im übermäßigen Selbstvertrauen des Inter-

27 Interview am 6.2.2012 in Istanbul (Interview 12: 393-421).

viewten. Er wirft der EU vor, dass sie nur Interesse an einer abhängigen Türkei hätte. Ein Vertreter eines Vereins für Menschenrechte (ZGO 13) sieht ebenfalls eine Verbesserung der Türkei seit der AKP-Ära:

»Die Dinge haben sich geändert seit die AKP die Regierung bildet. Was einst eine unilaterale Beziehung war, als diplomatische Verständigung durch eine einzelne Partei und dem *coup-d'état*-Regime, musste sich zusammen mit der eigenen Gesellschaft und der Weltkonjunktur im Nahen Osten verändern. Die Türkei – als ein Land mit Selbstbewusstsein – versucht, wie Deutschland, gleichzeitig mehrere Beziehungen aufzubauen. Sowohl mit den Nachbarländern als auch mit allen anderen Ländern der Welt.«²⁸

Der Vertreter des Menschenrechtsvereins spricht sich dezidiert gegen die als unilateral bezeichneten Beziehungen mit der EU aus. Vor allem sein Vergleich mit Deutschland zeigt das neue Selbstbewusstsein der Führungsperson einer konservativ-islamischen ZGO. In einigen weiteren Aussagen wird auch die hohe Erwartung an den EU-Beitritt deutlich. Durch die fehlenden Erfolge beim Beitrittsprozess, trotz wirtschaftlichen Erfolgs, macht sich bei einigen Führern der konservativ-islamischen ZGO ein hohes Frustrations- und Enttäuschungspotenzial breit. Es lässt sich auch eine Fehleinschätzung bzw. Überschätzung der Kontrolle der EU-Institutionen auf den Erweiterungsprozess erkennen. Ein Vertreter einer konservativen Gewerkschaft (ZGO 14) verbindet die Macht der heutigen Türkei mit der des vergangenen Osmanischen Reiches wie folgt:

»Die Türkei musste ihre regionalen und globalen Ambitionen in der letzten Periode des Osmanischen Reiches aufgeben. [...] Als unvorhersehbares Ereignis für die Europäische Union hat die AKP in der Türkei für politische und wirtschaftliche Stabilität gesorgt. Die Türkei erfüllte damit ihre eigenen regionalen Ziele und globalen Erwartungen. Dann hat die Europäische Union ihre Unterstützung für die Türkei zurückgezogen. Dies bedeutet aber nicht, dass die Türkei nur dank der Unterstützung der EU eine regionale Macht geworden ist und jetzt, nachdem die EU ihre Unterstützung zurückgezogen hat, die Türkei keine Chancen mehr haben wird. Die Türkei wird immer eine regionale Macht und ein globaler Akteur sein.«²⁹

Der Gewerkschaftsvertreter äußert sich leicht zynisch gegenüber der Unterstützung der EU dahingehend, dass die Türkei die EU gar nicht brauche. Seine Aussagen zeugen zudem von dem besagten neuen Selbstbewusstsein der neuen Türkei, welcher durch das Wort »immer« im letzten Satz deutlich wird. Es zeigt sich ebenfalls eine Art des »Eingeschnapptseins« in der Äußerung, durch welche eine Abwendung von der EU bewusst emotionalisiert wird. In den Augen eines Vertreters einer weiteren konservativen Gewerkschaft (ZGO 15) hat die Türkei eine imperiale Vorgeschichte. In dieser Zeit des türkischen Imperiums stand man im Krieg mit den europäischen Ländern, so dieser Gewerkschaftsvertreter. Er sagte, diese europäischen Länder hegten heute ein Misstrauen beim Integrationsprozess gegenüber der Türkei:

»Ich denke, dass die Vergangenheit immer einen Einfluss auf die heutige Zeit hat. Ein Land mit einem imperialen Geist, wie die Türkei, muss immer mit Vorsicht behandelt werden. Das gilt z. B. für die USA, sie haben auch eine imperiale Vergangenheit. China

28 Interview am 9.2.2012 in Istanbul (Interview 13: 890-898).

29 Interview am 2.4.2012 in Ankara (Interview 14: 130-144).

hat eine imperiale Politik und auch der Iran hat eine imperiale Politik. Man muss vorsichtig sein bei den Beziehungen mit diesen Ländern. Genauso verhält es sich mit der Türkei«. ³⁰

Die Metapher des »imperialen Geistes« soll sowohl an die osmanische Vergangenheit anknüpfen als auch die Türkei in Bezug zu Ländern wie China, Iran und den USA setzen. In dieser Aussage spricht der Interviewte der Türkei das Prädikat der imperialen Macht zu und äußert eine Warnung gegenüber Europa, vorsichtiger in den Beziehungen mit der Türkei zu sein. Er impliziert dabei eine arrogante Haltung der EU und vor allem fehlenden Respekt. Seine Drohung wird auch in folgender Aussage deutlich: »Wir können der Europäischen Union nicht erlauben mit der Türkei und ihrer diplomatischen Ehre zu spielen«. ³¹

Der nachstehende Auszug des Interviews mit einem Vertreter einer konservativen Menschenrechtsorganisation (ZGO 16) referiert auf die Achsenverschiebungs-Diskussion in der Türkei (Davutoğlu 2008: 77). Die konservativen und islamisch/islamistisch geprägten ZGO sehen den Einfluss der Türkei im Nahen Osten als Ausdruck ihrer islamischen Identität:

»Glauben Sie, dass die Macht der Türkei im Nahen Osten sich vergrößern wird, wenn es zu einer EU-Vollmitgliedschaft der Türkei kommt? Je mehr man sich vom Islam entfernt, desto schwächer werden auch die Beziehungen zum Nahen Osten. Der Einfluss der Türkei im Nahen Osten hat seinen Ursprung in der religiösen Identität der AKP. Die Politik des kemalistischen Systems hat die Türkei nicht zu einem mächtigen Status im Nahen Osten bringen können«. ³²

Die Aussagen dieses Vertreters machen deutlich, dass eine EU-Mitgliedschaft gar nicht zum Ziel gemacht wird. Eine solche wird vielmehr als hinderlich für die guten Beziehungen im Nahen Osten und mit den Nachbarländern der Türkei angesehen.

Neben den für die Studie geführten Interviews lassen sich vereinzelt auch interessante Aussagen in Büchern, die von einigen wichtigen Personen aus der islamisch-konservativen Zivilgesellschaft stammen, finden. In einer Publikation der konservativ-islamischen Menschenrechtsorganisation *Özgür-Der* schreibt Özdemir, dass das EU-Projekt nichts anderes als die Wiederherstellung des globalen Lebensstils der westlichen Zivilisation sei. Außerdem würde die EU die Souveränität anderer Nationen einschränken (Özdemir 2002: 30). Sich einseitig der EU zu unterwerfen würde bedeuten, dass das Endziel eines islamisch geprägten Zivilisationsprojekts aufgegeben werden müsste. Es wird deutlich, dass die Interessen der Führungspersonen dieser ZGO einem EU-Beitritt diametral entgegenstehen. Sie streben damit keine EU-Mitgliedschaft an. Eine weitere einflussreiche Persönlichkeit der Zivilgesellschaft, Ali Bulaç, spricht von einem Gegenmodell zur EU, der islamischen Union (Bulaç 2002: 41-43). Er hat die Vision einer islamischen Union (IU), in der alle Muslime ein gemeinsames Ideal haben. Er sieht die EU eher in einer funktionalen und pragmatischen Hinsicht, ohne sich für oder gegen einen EU-Beitritt auszusprechen (Bulaç 2002: 41-43). Islamoğlu wird hierzu deutlicher: »[...] unser Projekt ist

30 Interview am 6.2.2012 in Ankara (Interview 15: 205-215).

31 Interview am 6.2.2012 in Ankara (Interview 15: 101-110).

32 Interview am 7.2.2012 in Istanbul (Interview 16: 102-106).

die islamische Union« (Islamoglu 2002: 100). An einer anderen Stelle spricht er auch von der Vertreibung der Muslime aus Andalusien und begründet damit sein Misstrauen gegenüber Europa und der EU (Islamoglu 2002: 97). Auch diese Aussagen, die bezeichnend sind für die konservativ-islamisch geprägte Zivilgesellschaft, zeugen von einem starken EU-Zynismus.

Das neue Selbstbewusstsein der Türkei wurde vor allem in den der AKP nahestehenden ZGO artikuliert und führte zu einem neuen Diskurs, insbesondere innerhalb der konservativen und islamistischen Kräfte. In diesem Diskurs finden sich immer wieder Sätze wie: »Die Türkei braucht die EU gar nicht mehr!« oder »Die EU braucht die Türkei und nicht anders herum!«. Nicht zuletzt vermittelte die Ablehnung eines EU-Beitritts der Türkei innerhalb Europas, sowohl seitens der politischen Elite als auch der breiten Öffentlichkeit, in der Türkei den Eindruck, dass die EU die Türkei niemals als Mitglied akzeptieren würde, auch wenn sie alle erforderlichen Kriterien erfüllen sollte. Darüber hinaus beherrschten vor allem religiöse und kulturelle Argumente die Diskussionen über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei; letztere nicht nur in Europa sondern auch in konservativen und islamischen Kreisen der Türkei, was in den Interviews mit den Führungspersonen der ZGO deutlich wird. Diese Faktoren und vor allem das verloren gegangene Vertrauen in die EU führten zunehmend zu einem EU-Zynismus innerhalb der pro-AKP zivilgesellschaftlichen Organisationen. Der türkische bzw. pro-AKP-EU-Zynismus enthält eine gewisse Verachtung gegenüber der EU und ihren Entscheidungen. Vor allem die Aussagen bezüglich einer IU zeigen, dass die EU aus Gründen der Identität abgelehnt wird.

5. Analyseergebnisse

Insgesamt zeigt die Studie, wie auf nationaler Ebene die Argumentationen über die Europäische Union durch Diskurse und Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen politischen Positionen konstruiert werden und wie dies die Wahrnehmung der EU prägt. Die erste dominante argumentative Strategie lässt sich bei linken, sozialdemokratischen, alawitischen und kemalistischen zivilgesellschaftlichen Akteuren finden. Diese zivilgesellschaftlichen Organisationen, bestehend aus Gewerkschaften, Frauenorganisationen, Branchenverbänden, ideologischen Organisationen sowie ethnischen, kulturellen und religiösen Organisationen, sehen eine Verknüpfung zwischen der Politik der EU und der AKP. Die gemeinsame Politik der EU mit der AKP wird kritisiert. Vor allem die LeiterInnen linksgerichteter ZGO sehen die EU und die AKP als Verbündete einer neoliberalen bzw. kapitalistischen Agenda. Bemerkenswert ist, dass in vielen Aussagen die EU nicht mehr als Garantin der Demokratie, sondern als Helfershelferin von undemokratischen Reformen betrachtet wird. Dennoch konnten auch einige wenige pro-EU Stimmen ausfindig gemacht werden.

Die zweite argumentative Strategie, die von AKP-nahen, islamisch geprägten und konservativen ZGO verwendet wird, konstruiert Europa als heterogene Entität und

als Gegenmodell zur Islamischen Union. Hierbei spielen mehr und mehr neo-osmanische Interpretationen eine Rolle. In zunehmendem Maße wird auch der ökonomische Nutzen ins Spiel gebracht, der in einer Abwendung von der EU und einer Hinwendung zum Nahen Osten gesehen wird. Der Beitritt zur EU wird demnach nicht als erstrebenswert gesehen und die Euro-Krise als Zeichen für die Schwäche der EU interpretiert. Die ablehnende und zynische Haltung gegenüber der EU scheint omnipräsent bei diesen ZGO. Die Führungspersonen der ZGO zeigen eine ähnliche Qualität der Selbstüberschätzung in ihren Kommentaren wie sie auch von der AKP-Regierung vorgebracht wird.

Die strategische Verwendung des EU-Beitrittsprozesses von nationalen Akteuren wurde bereits in vorherigen Studien herausgearbeitet (Jacquot/Woll 2003; Elbasani 2009; Ademmer 2011). Daher ist die Instrumentalisierung der EU-Politik und deren Institutionen kein neues Phänomen und wurde in vielen anderen Ländern bereits elaboriert. Dabei scheinen nationale Akteure generell mit den Bedingungen der EU einverstanden zu sein, während sie diese aber offiziell nicht unterstützen, um ihre eigenen strategischen und taktischen Ziele der Konsolidierung von Macht verfolgen zu können. Im türkischen Fall erzeugt dieses Phänomen einen starken EU-Skeptizismus innerhalb des regierungskritischen Lagers.

Der Missbrauch und die Zweckentfremdung des EU-Integrationsprozesses durch die AKP führten letztendlich zu einer Ausweitung des EU-Skeptizismus vor allem bei den AKP-kritischen ZGO. Folglich spielt die AKP eine Rolle in der Erzeugung und Kanalisierung der Einstellungen gegenüber der EU. Dies unterstützt damit die These von Sitter (2001) und Anderson (1998), die annehmen, dass das Verhältnis und die Position der nationalen Institutionen gegenüber der EU in der Erzeugung und Kanalisierung der Einstellungen gegenüber der EU wichtig sind. Auch Rohschneiders (2002) Argument, dass es, wenn BürgerInnen ihren nationalen Institutionen nicht vertrauen, wahrscheinlich ist, dass sie auch den EU-Institutionen nicht vertrauen, kann durch die Positionen der hier analysierten Interviews unterstützt werden.

Die Analyse zeigt deutlich, dass es einen Zusammenhang zwischen der Parteidimension, dem politischen Spektrum und den argumentativen Strategien der zivilgesellschaftlichen Organisationen gibt. Dieser ist gekennzeichnet von einer Zunahme von EU-skeptischen Diskursen aufseiten der ZGO, die sich dem linken, liberalen, sozialdemokratischen und kemalistischen Lager zurechnen lassen sowie eine Anti-AKP-Position hegen. Deutlich EU-zynische Diskurse lassen sich hingegen bei den islamisch-konservativen ZGO finden, die gleichzeitig der AKP nahestehen. Es bleibt anzumerken, dass der türkische bzw. pro-AKP-EU-Zynismus eine gewisse Verachtung gegenüber der EU und ihren Entscheidungen in sich trägt. Das Konzept des EU-Zynismus, das hier erstmals auf die türkische Zivilgesellschaft angewendet wurde, kann als brauchbares Analysekonzept für den EU-kritischen Diskurs bestätigt und könnte auch für die Analyse populistischer Regierungen oder Parteien innerhalb der EU angewandt werden. Insgesamt kann von einer stark polarisierten Zivilgesellschaft in der Türkei gesprochen werden, was auch nach dem gescheiterten Putschversuch 2016 noch mehr zutage tritt.

6. Fazit

Die vorliegende Studie möchte einen Beitrag zum Forschungsfeld der EU-Türkei-Beziehungen leisten, indem sie hierzu die dominanten argumentativen Strategien der türkischen ZGO bezüglich der Haltung gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei darlegt. Dabei ist die Analyse der Zivilgesellschaft bezüglich des EU-Beitrittsprozesses eine wichtige Grundlage für den europapolitischen Diskurs sowie den gesamten Beitrittsprozess (Fitzgibbon 2013: 105). Der in der türkischen Zivilgesellschaft 2012 geäußerte EU-Skeptizismus richtet sich nicht dezidiert gegen die Europäische Integration, sondern bezieht sich im Falle der Anti-AKP-ZGO vielmehr auf die Beitrittsverhandlungen mit der AKP und den damit verbundenen Entscheidungen der EU-Institutionen. Sowohl die Staats- und RegierungschefInnen, die im Europäischen Rat zusammenkommen als auch die Europäische Kommission stehen dabei im Mittelpunkt der Kritik. Die Anti-AKP-ZGO sehen eine fehlgeleitete EU-Politik, die gemeinsam mit der AKP die Türkei zu einem autokratischen Staat transformiert hat. Diese Gruppe trägt aber weiterhin pro-europäische Stimmen in sich und kann daher auch bei einer besseren EU-Türkei-Politik, die bei den Beitrittsverhandlungen mehr auf demokratische Werte achtet, zum Positiven gewendet werden.

Die anderen ZGO, die der AKP nahestehen, sahen bereits 2012 eine EU-Mitgliedschaft nicht mehr als erstrebenswert an. In ihrer argumentativen Strategie, die geprägt ist von einem neuen türkischen Selbstbewusstsein, ist eine multilaterale Politik mit den Staaten des Nahen Ostens der einer bilateralen mit der EU vorzuziehen. In dieser argumentativen Strategie werden aber auch die Differenz und die Unvereinbarkeit mit den Werten der EU und der eigenen Präferenz einer Islamischen Union deutlich. Im Misstrauen und zunehmenden Mangel an Vertrauen in die EU-Institutionen und die europäischen Partner sowie im Zweifel an der europäischen Idee an sich kann auch die Wurzel der argumentativen Strategie der AKP-nahen ZGO erkannt werden. Der EU-Zynismus in der Türkei manifestiert sich hingegen durch das neue Selbstbewusstsein, befeuert von einem angeblich eigenen ökonomischen und politischen Erfolg auf der einen Seite und den perzipierten Misserfolgen der EU auf der anderen Seite.

Die Dominanz dieser Argumentationsstrategie und die Interdiskursivität mit den AKP-Eliten ist eine sehr wichtige Schlussfolgerung, da diese Überzeugung stark mit dem übermäßigen Engagement der Türkei im Nahen Osten zusammenhängt. Dieses Engagement begann letztlich im Frühjahr 2011 mit der Illusion, die Massendemonstrationen gegen Baschar al-Assad würden binnen kurzer Zeit zum Sturz seines Regimes führen. Man würde in zwei Wochen in der Umayyaden-Moschee in Damaskus beten, sagten Erdogan und sein damaliger Außenminister Ahmet Davutoğlu. Hierzu kommentiert Öniş:

»In the context of Arab Spring with Turkey trying to position itself as the promoter of democracy, what we observe is Turkey being over-engaged, over-active in regional politics. I think there is a realization that this over-engagement has backfired and Turkey needs to be more subdued, more pragmatic in its approach« (Research Turkey 2014).

Gerade auch in den Interviews dieser Studie wird die »imperiale Fantasie der Türkei« (Özkan 2014) deutlich. Diese Fantasie wurde bereits ein Jahr bevor die AKP an die Macht kam durch die Ideen des Buches »Strategische Tiefe« (Davutoğlu 2001) geweckt. In dem Buch beschreibt Davutoğlu die Türkei als eine Nation, die nicht die Geschichte studiert, sondern diese selbst schreibt – eine Nation, die nicht an der Peripherie des Westens, sondern im Zentrum der islamischen Zivilisation steht. Vor allem die AKP-nahen ZGO verwendeten ähnliche pan-islamistische Kommentare und Visionen in den hier geführten Interviews.

In diesem Aufsatz wurde festgestellt, dass zwei dominante argumentative Strategien innerhalb der Diskurse der ZGO in der Türkei existieren. Diese Argumentationsstrategien in den Diskursen variieren je nach ideologischem Hintergrund. Die ZGO sprechen somit mit zwei Stimmen. Es bleibt abschließend anzumerken, dass sich beide ZGO-Lager in den Jahren vor 2009 als pro-europäische Gruppen geäußert haben. Es liegt daher nahe anzunehmen, dass das Handeln der EU mit dieser Veränderung in den ZGO in der Türkei zu tun hat. Die Erkenntnisse dieser Arbeit sind alarmierend für die EU und den EU-Erweiterungsprozess mit der Türkei. Es muss *erstens* eine Aufarbeitung der Fehler aufseiten der EU bezüglich ihrer Beziehungen mit der Türkei stattfinden und *zweitens* muss den EU-skeptischen und EU-zynischen Tendenzen in der Türkei mit einer besseren Türkei-Politik entgegnet werden. Ein weit verbreiteter EU-Skeptizismus auch bei den ZGO könnte die Europäisierung in der Türkei weiter verlangsamen und den Integrationsprozess sogar ganz verhindern. Um dies zu umgehen bedarf es einer besseren Diplomatie, die klar mit einer Stimme spricht und die Lage in der Türkei besser einschätzen und bewerten kann.

Die jüngsten Entwicklungen in der Türkei seit dem gescheiterten Putsch im Juli 2016 belasten die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei immer mehr und verstärken auf beiden Seiten eine ablehnende Haltung. Heute stehen die Verhandlungen eines Beitritts sogar kurz vor dem Aus. Dabei darf nicht vergessen werden, dass fast die Hälfte der türkischen Bevölkerung beim Referendum im Mai 2017 gegen das Präsidialsystem gewählt hat. Die Zivilgesellschaft mit ihren vielen Organisationen spielte neben den Parteien die wichtigste Rolle bei der oppositionellen »Hayir«-Kampagne, die sich gegen die von Erdoğan angestrebte Verfassungsänderung aussprach. Daher sind die ZGO gerade in Zeiten, in welchen zeitweise die diplomatischen Bemühungen in den EU-Türkei-Beziehungen ins Leere laufen, von enormer Bedeutung und sollten vermehrt berücksichtigt werden.

Literatur

- Ademmer, Esther* 2011: You Make Us Do What We Want! The Usage of External Actors and Policy Conditionality in the European Neighborhood (KFG Working Paper Series), Berlin.
- Aktar, Cengiz* 2011: Eurocynicism, in: <http://www.todayszaman.com/columnist-264381-eurocynicism.html>; 10.1.2013.
- Al-Rebholz, Anil* 2012: Das Ringen um die Zivilgesellschaft in der Türkei. Intellektuelle Diskurse, oppositionelle Gruppen und soziale Bewegungen seit 1980, Bielefeld.
- Alpan, Başak* 2010: Demarcating Political Frontiers in Turkey: »Europe-as-hegemony« and Discourses after 1999 (Doktorarbeit an der University of Birmingham), Birmingham.
- Anderson, Christopher J.* 1998: When in Doubt, Use Proxies. Attitudes toward Domestic Politics and Support for European Integration, in: *Comparative Political Studies* 31: 5, 569-601.
- Atan, Serap* 2004: Europeanisation of Turkish Peak Business Organisations and Turkey-EU Relations, in: Uğur, Mehmet/Canefe, Nergis (Hrsg.): *Turkey and European Integration. Accession Prospects and Issues*, London, 100-121.
- Atkinson, Jeff/Scurrah, Martin J./Lingán, Jeannet/Pizarro, Rosa* 2009: *Globalizing Social Justice. The Role of Non-governmental Organizations in Bringing about Social Change (International Political Economy Series)*, New York, NY.
- Avci, Gamze* 2011: The Justice and Development Party and the EU: Political Pragmatism in a Changing Environment, in: *South European Society and Politics* 16: 3, 409-421.
- Bardakçı, Mehmet* 2007: Decoding the Rise of Euroscepticism in Turkey, in: *Insight Turkey* 9: 4, 116-123.
- Beuss, Fritz* 2006: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und Standort, in: Müller-Graff, Peter-Christian (Hrsg.): *Die Rolle der erweiterten Europäischen Union in der Welt*, Baden-Baden, 73-114.
- Bulaç, Ali* 2002: İki ana husus, in: Alpay, Kenan/Şekerci, Hülya (Hrsg.): *Avrupa Birliği süreci ve müslümanlar*, Istanbul, 41-45.
- Büyükbay, Can* 2010: Euroskeptizismus in der Türkei. Die Republikanische Volkspartei (CHP) und die Nationalistische Bewegungspartei (MHP) im Vergleich, Saarbrücken.
- Büyükbay, Can* 2011: Gründe und Ausformungen des Euroskeptizismus bei der Republikanischen Volkspartei (CHP) und bei der Nationalistischen Bewegungspartei (MHP), in: *European Journal of Turkish Studies* (online), 1-28, <http://ejts.revues.org/4370>; 21.7.2017.
- Çağlayan, Zafer* 2012: Geçmişte bize hasta diyenler şu anda yoğun bakımda, in: <http://www.akparti.org.tr/site/haberler/bize-hasta-diyenler-su-anda-yogun-bakimda/29676#1>; 13.3.2016.
- Cappella, Joseph N./Jamieson, Kathleen H.* 1997: *Spiral of Cynicism. The Press and the Public Good*, New York, NY.
- Çarkoğlu, Ali* 2003: Who Wants Full Membership? Characteristics of Turkish Public Support for EU Membership, in: *Turkish Studies* 4: 1, 171-194.
- Davutoğlu, Ahmet* 2001: Stratejik derinlik. Türkiye'nin uluslararası konumu, Aksaray, İstanbul.
- Davutoğlu, Ahmet* 2008: Turkey's Foreign Policy Vision: An Assessment of 2007, in: *Insight Turkey* 10, 77-96.
- De Vreese, Claes H.* 2005: Euro-Cynicism: The Conditional Nature of Media Effects on Public Cynicism about European Integration (Paper Prepared for the International Conference on »Euro-Skepticism«, University of Amsterdam, draft), Amsterdam.
- De Vreese, Claes H.* 2007: A Spiral of Euroscepticism. The Media's Fault?, in: *Acta Politica* 42: 2-3, 271-286.
- De Vreese, Claes H./Boomgaarden, Hajo G.* 2006: Media Effects on Public Opinion About the Enlargement of the European Union, in: *Journal of Common Market Studies* 44: 2, 419-436.

- De Vreese, Claes H./Boomgaarden, Hajo G./Semetko, Holli A. 2008: Hard and Soft: Public Support for Turkish Membership in the EU, in: *European Union Politics* 9: 4, 511-530.
- Diez, Thomas/Agnantopoulos, Apostolos/Kaliber, Alper 2005: File: Turkey, Europeanization and Civil Society: Introduction, in: *South European Society and Politics* 10: 1, 1–15.
- Doğan, Erhan 2005: The Historical and Discursive Roots of the Justice and Development Party's EU Stance, in: *Turkish Studies* 6: 3, 421-437.
- Elbasani, Arolda 2009: EU Administrative Conditionality and Domestic Downloading. The Limits of Europeanization in Challenging Contexts (KFG Working Paper Series), Berlin.
- Eralp, Attila 2009: The Role of Temporality and Interaction in the Turkey-EU Relationship, in: *New Perspectives on Turkey* 40, 149-170.
- Erber, Ralph/Lau, Richard R. 1990: Political Cynicism Revisited. An Information-processing Reconciliation of Policy-based and Incumbency-based Interpretations of Changes in Trust in Government, in: *American Journal of Political Science* 34: 1, 236-253.
- Europäischer Rat 1999: Schlußfolgerungen des Vorsitzes, Helsinki.
- European Commission 2010: Turkey 2010 Progress Report, Brüssel.
- Fitzgibbon, John 2013: Citizens against Europe? Civil Society and Eurosceptic Protest in Ireland, the United Kingdom and Denmark, in: *Journal of Common Market Studies* 51: 1, 105-121.
- Forster, Anthony 2002: Euroscepticism in Contemporary British Politics. Opposition to Europe in the British Conservative and Labour Parties since 1945, London.
- Glaser, Barney G./Strauss, Anselm L. 1967: The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research, New Brunswick.
- Gülmez, Seçkin B. 2008: The EU Policy of the Republican People's Party. An Inquiry on the Opposition Party and Euro-Skepticism in Turkey, in: *Turkish Studies* 9: 3, 423-436.
- Gürbey, Gülstan 2014: Die Demokratisierungspolitik der AKP-Regierung, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 54: 1, 22-33.
- Harmsen, Robert/Spiering, Menno 2004: Introduction. Euroscepticism and the Evolution of European Political Debate, in: Harmsen, Robert/Spiering, Menno (Hrsg.): *Euroscepticism. Party Politics, National Identity and European Integration*, Amsterdam, 13-36.
- Howarth, David R./Torfing, Jacob 2005: Discourse Theory in European Politics. Identity, Policy, and Governance, Basingstoke.
- Hyman, Richard 2001: The Europeanisation – or the Erosion – of Industrial Relations?, in: *Industrial Relations Journal* 32: 4, 280-294.
- Islamoğlu, Mustafa 2002: Avrupa ve İslam İlişkilerine Kısa Bir Bakış', in: Alpay, Kenan/Şekerci, Hülya (Hrsg.): *Avrupa Birliği süreci ve müslümanlar*, Istanbul, 97-101.
- Jacquot, Sophie/Woll, Cornelia 2003: Usage of European Integration – Europeanisation from a Sociological Perspective, in: *European Integration online Papers (EIoP)* 7: 12, 1-14.
- Kabasakal, Hayat/Bodur, Muzaffer 2007: Leadership and Culture in Turkey. A Multifaceted Phenomenon, in: Brodbeck, Felix C./Chhokar, Jagdeep S./House, Robert J. (Hrsg.): *Culture and Leadership Across the World. The GLOBE Book of In-depth Studies of 25 Societies*, Mahwah, NJ, 835-875.
- Kentmen, Çiğdem 2008: Determinants of Support for EU Membership in Turkey. Islamic Attachments, Utilitarian Considerations and National Identity, in: *European Union Politics* 9: 4, 487-510.
- Keyman, E. Fuat/Icduygu, Ahmet 2003: Globalization, Civil Society and Citizenship in Turkey: Actors, Boundaries and Discourses, in: *Citizenship Studies* 7: 2, 219-234.
- Koopmans, Ruud 2007: Who Inhabits the European Public Sphere? Winners and Losers, Supporters and Opponents in Europeanised Political Debates, in: *European Journal of Political Research* 46: 2, 183-210.
- Lang, Simon 2010: Kein Integrationsfortschritt ohne Kritik. Die Funktion Europakritischer Positionen für die Weiterentwicklung der Europäischen Integration, in: Wassenberg, Birte/Clavert, Frédéric/Hamman, Philippe (Hrsg.): *Contre l'Europe? Anti-européisme, eu-*

- roscepticisme et alter-européisme dans la construction européenne de 1945 à nos jours (Volume I): les concepts, Stuttgart, 98-128.
- Leconte, Cécile* 2010: Understanding Euroscepticism (The European Union Series: Issues), Basingstoke.
- Mayer, Horst O.* 2008: Interview und schriftliche Befragung. Entwicklung, Durchführung und Auswertung, München.
- Mishler, William/Rose, Richard* 2001: What Are the Origins of Political Trust? Testing Institutional and Cultural Theories in Post-Communist Societies, in: Comparative Political Studies 34: 1, 30-62.
- Müftüleri-Baç, Meltem* 1998: The Never-ending Story: Turkey and the European Union, in: Middle Eastern Studies 34: 4, 240-258.
- Müftüleri Baç, Meltem* 2005: Turkey's Political Reforms and the Impact of the European Union, in: South European Society and Politics 10: 1, 17-31.
- Öniş, Ziya* 2003: Domestic Politics, International Norms and Challenges to the State: Turkey-EU Relations in the Post-Helsinki Era, in: Turkish Studies 4: 1, 9-34.
- Özdemir, Şemsettin* 2002: AB Projesi ve Bizler, in: Alpay, Kenan/Şekerci, Hülya (Hrsg.): Avrupa Birliği süreci ve müslümanlar, Istanbul, 29-33.
- Özkan, Behlül* 2014: Turkey, Davutoğlu and the Idea of Pan-Islamism, in: Survival 56: 4, 119-140.
- Reisigl, Martin/Wodak, Ruth* 2001: Discourse and Discrimination. Rhetorics of Racism and Antisemitism, London.
- Research Turkey* 2014: Interview with Professor Ziya Öniş: Explaining the Politics behind Turkey's Stormy Year, in: <http://researchturkey.org/interview-with-professor-ziya-onis-explaining-the-politics-behind-turkeys-stormy-year/>; 14.10.2016.
- Rohrschneider, Robert* 2002: The Democracy Deficit and Mass Support for an EU-wide Government, in: American Journal of Political Science 46: 2, 463-475.
- Siffül, Stefanie/Summus, Milena* 2003: Euroskeptizismus und Wohlfahrtsprotektionismus in Dänemark und Schweden, in: Klein, Ansgar/Koopmanns, Ruud/Trenz, Hans-Jörg/Klein, Ludger/Lahusen, Christian/Rucht, Dieter (Hrsg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, Wiesbaden, 273-294.
- Sitter, Nick* 2001: The Politics of Opposition and European Integration in Scandinavia. Is Euro-Scepticism a Government-opposition Dynamic?, in: West European Politics 24: 4, 22-39.
- Taggart, Paul A./Szczerbiak, Aleks* 2001: Parties, Positions and Europe. Euroscepticism in the EU Candidate States of Central and Eastern Europe (Sussex European Institute Working Paper Nr. 46), Brighton.
- Taraktas, Başak* 2008: A Comparative Approach to Euroscepticism in Turkey and Eastern European Countries, in: Journal of Contemporary European Studies 16: 2, 249-266.
- Tiersky, Ronald* (Hrsg.) 2001: Euro-Skepticism. A Reader (Europe Today), Lanham, MD.
- Wessels, Wolfgang/Hauge, Hanna-Lisa* 2015: EU-Turkey Relations and the German Perspective, in: Nuroğlu, Elif/Bayrak Meydanoğlu, Ela S./Bayraklı, Enes (Hrsg.): Turkish German Affairs from an Interdisciplinary Perspective, Frankfurt a. M., 19-39.
- Wodak, Ruth* 2001: The Discourse-historical Approach, in: Wodak, Ruth/Meyer, Michael (Hrsg.): Methods of Critical Discourse Analysis, London, 63-95.
- Yalman, Galip* 2012: Politics and Discourse under the AKP's Rule. The Marginalisation of Class-based Politics, Erdoğanisation, and Post-Secularism, in: Coşar, Simten/Yücesan-Özdemir, Gamze (Hrsg.): Silent Violence. Neoliberalism, Islamist Politics and the AKP Years in Turkey, Ottawa, 21-41.
- Yavuz, M. Hakan* 2006: The Role of the New Bourgeoisie in the Transformation of the Turkish Islamic Movement, in: Yavuz, M. Hakan (Hrsg.): The Emergence of a New Turkey. Democracy and the AK Parti, Salt Lake City, UT, 1-22.
- Yildirim, Engin/Calis, Suayyip/Benli, Abdurrahman* 2008: Turkish Labour Confederations and Turkey's Membership of the European Union, in: Economic and Industrial Democracy 29: 3, 362-387.

Yılmaz, Hakan 2011: Euroscepticism in Turkey. Parties, Elites, and Public Opinion, in: South European Society and Politics 16: 1, 185-208.

Yılmaz, Hakan 2012: Euroscepticism in Turkey. Comparative Findings from Two National Surveys (2003-2012), Istanbul.

Anhang

Tabelle 1: Liste der interviewten ZGO

Nr.	ZGO-Typ	Position im polit. Spektrum	Parteipolit. Position
1	Frauenorganisation	liberal	-
2	Branchenverband	links	Anti-AKP
3	Gewerkschaft	links	Anti-AKP
4	Gewerkschaft	links	Anti-AKP
5	ideologische Organisation	kemalistisch	Anti-AKP
6	ethnische, kulturelle und religiöse Organisationen	links	Anti-AKP
7	ideologische Organisation	kemalistisch	Anti-AKP
8	Gewerkschaft	links	Anti-AKP
9	Branchenverband	links	Anti-AKP
10	ideologische Organisation	sozial-demokratisch	Anti-AKP
11	ethnische, kulturelle und religiöse Organisationen	links	Anti-AKP
12	Organisationen in den Bereichen Armut, Bildung, Umwelt und Gesundheit	konservativ	AKP-nah
13	Menschenrechtsorganisation	konservativ-islamisch	AKP-nah
14	Gewerkschaft	konservativ	AKP-nah
15	Gewerkschaft	konservativ	AKP-nah
16	Menschenrechtsorganisation	konservativ-islamisch	AKP-nah

Tabelle 2: Bewertungsschema der Diskurse

	Position	Sprachliche Äußerung
1	pro-europäische oder neutrale Position	positiv gegenüber der EU; EU hat keine Mitschuld an der Politik der AKP; EU als Lösung für mehr Demokratie; EU-Beitritt als Fortschritt; keine Aussage zur EU
2	EU-skeptische Position	allgemeine Zustimmung zum EU-Beitritt; Kritik an der EU in einzelnen Punkten; starke Kritik an der EU insgesamt (z. B. Neoliberalismus-Kritik); EU-Beitrittsverhandlungen nicht fair gestaltet (z. B. Zypern-Konflikt, Öffnung hinausgezögert oder verhindert), EU stärkt einseitig die AKP, Ungleichbehandlung der Opposition, türkische Interessen werden nicht ernst genommen, türkisches Militär werde zu Unrecht diskreditiert; Argumentation nach dem <i>Sèvres</i> -Syndrom
3	EU-zynische Position	allgemeine Ablehnung der EU; stark abwertende Kritik an der EU; Feindseligkeit oder beleidigende Art gegenüber der EU; fehlendes Vertrauen in die EU und ihre VertreterInnen in einzelnen Punkten; der Türkei gehe es besser ohne die EU; EU-Beitrittsverhandlungen werden als Schikane dargestellt; EU habe kein echtes Interesse an der Türkei; alleinige Schuld der EU am Scheitern des Türkei-Beitritts; Selbstüberschätzung und Überheblichkeit (z. B. Türkei als Weltmacht); alternative Konzepte oder Strategien zum EU-Beitritt; nationale Identität wird als bedroht angesehen

Leitfaden für semistrukturierte Interviews

1. Einführung

- Vorstellung des Interviewers
- Vorstellung des Forschungsprojekts und Begründung des Interviews
- *Erläuterungen zum Inhalt*: Ich habe einige Fragen zu Ihrer Meinung über die EU, die europäische Integration und Europa im Allgemeinen. Die Informationen, die Sie zur Verfügung stellen, werden vertraulich behandelt und die endgültigen Ergebnisse der Forschung werden so publiziert, dass die Identität des Befragten nicht offenbart wird. Vielen Dank für ihre Zustimmung, diese Interviewfragen zu beantworten.

2. Fragen zur Unterstützung der EU und der europäischen Integration

- *Vollmitgliedschaft (Unterstützung der EU als Ganzes)*: Was glauben Sie: dass die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union eine gute Sache, eine schlechte Sache, oder weder gut noch schlecht sein wird?
- *EU-Mitglied*: Glauben Sie daran, dass die Türkei in naher Zukunft Mitglied der EU wird?

- *Vorteile für die Türkei:* Wenn Sie alles in Erwägung ziehen, würden Sie sagen, dass die Türkei davon profitieren wird, wenn sie Mitglied der Europäischen Union ist oder nicht?
- *Positives Bild der EU im Allgemeinen:* Welches Bild haben Sie von der Europäischen Union: ein sehr positives, ein ziemlich positives, ein neutrales, ein ziemlich negatives oder ein sehr negatives Bild?
- Wann glauben Sie, könnte die Türkei Mitglied der EU werden?
- Was bedeutet die EU für Sie persönlich? Welche der nachfolgenden Worte beschreiben die EU für Sie am besten?

Demokratie	Menschenrechte	Reichtum
Krise	wirtschaftliches Wachstum	Freiheit
Komfort	Spiritualität	Gewalt
Sicherheit	Disziplin	Zivilisation
Kulturelle Vielfalt	moralischer Niedergang	Patriotismus
	Frieden	Kultur

- Ist die EU-Mitgliedschaft für die Türkei wichtig? Warum?
- Welche politische Partei würde einen Beitritt zur EU als Vollmitglied erleichtern?
- Haben Sie vom europäischen Integrationsprozess konkret profitiert (z. B. Geld, Projekte etc. erhalten)?
- *Gründe:* Was ist der Hauptgrund dafür, dass die Türkei nicht in die Europäische Union aufgenommen wurde? Was kann getan werden, um diese Probleme zu lösen?

3. Fragen zum EU-Skeptizismus und EU-Zynismus

- *Negative Diskriminierung:* Behandelt die EU die Türkei mit doppelten Standards bei den EU-Beitrittsverhandlungen? Sehen Sie hierfür religiöse Gründe?
- *Vertrauen in die EU:* Vertrauen Sie der EU?
- Manche Leute sagen, dass die EU-Mitgliedschaft zu einer Teilung der Türkei entlang ethnischer Linien führen wird. Sind Sie mit dieser Ansicht einverstanden?
- *Nutzen/Kosten:* Welche Vorteile und Kosten sehen Sie in einer eventuellen Vollmitgliedschaft?
- Was sind die beiden höchsten Kosten für den Beitritt der Türkei zur EU?

Schwächung der religiösen Werte	Schwächung türkischer Firmen
Schwächung der nationalen Identität	fundamentalistische Aktivitäten
Begrenzung der Unabhängigkeit	keine Kosten
Schwächung des Agrarsektors	keine Ahnung
Verlust der Stärke	

- Was sind die Hauptgründe für Ihr Denken, dass die Mitgliedschaft in der EU nicht von Vorteil wäre?
- *Negative Aspekte*: Was wäre das Schlimmste, wenn die Türkei in die Europäische Union aufgenommen würde? Gäbe es irgendwelche negativen Aspekte für die Türkei?
- *Nationale Souveränität*: Wird die EU-Mitgliedschaft einen negativen Einfluss auf die türkische Souveränität haben? (optionale Fragen möglich)
- *Nationale Identität/Kultur*: Glauben Sie, dass die Türkei ihre nationale Identität und Kultur durch den Beitritt zur EU verlieren wird?
- Ist der politische Islam ein Hindernis für die EU?
- Ist es möglich, dass die Türkei an einer anderen Union als der EU teilnimmt?
- Sollte die Türkei ihre Außenpolitik auf den Nahen Osten oder auf Europa konzentrieren?
- Manche Leute sagen, dass die EU ein christlicher Club sei, ohne einen Platz für ein muslimisches Land wie die Türkei. Was sagen Sie dazu?
- Welche Kultur ist der Türkei am nächsten: die europäische, westliche, eurasiatische, islamische oder die orientalische kulturelle Identität?

4. Optionale Fragen:

- Manche Leute sagen, Europa sei eine Einheit mit homogenen Werten; andere sagen, Europa hat viele verschiedene Kulturen. Mit welcher dieser Vorstellung sind Sie einverstanden?
- *Militär*: Sind Sie mit der politischen Rolle des Militärs in ihrem Land einverstanden? Wie interpretieren Sie die Rolle der EU in dieser Frage? Glauben Sie, dass die Macht des türkischen Militärs für den EU-Beitritt ein Hindernis darstellt?
- Was halten Sie von der EU-Politik der AKP?
- Glauben Sie, dass die AKP die EU-Integration für ihre eigene Zwecke nutzt?
- Sollten wir die EU als Heilmittel für politische, wirtschaftliche und kulturelle Unterentwicklung ansehen?
- Motive gegen eine türkische EU-Mitgliedschaft:
 - a) Die Türkei ist unvorbereitet und zu schwach, um ein gleichberechtigter Partner zu sein.
 - b) Verlust der Souveränität
 - c) allgemeine Angst vor einer Mitgliedschaft zweiter Klasse
 - d) anderer Grund